

A-2-B Erfolge umsetzen - neue Möglichkeiten erkämpfen

Gremium: 2. Länderrat 2021
Beschlussdatum: 27.11.2021
Tagesordnungspunkt: A aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Am Mittwoch wurde der Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
2 FDP vorgestellt. Unter dem Titel „Mehr Fortschritt wagen“ haben die drei
3 Parteispitzen ihre Projekte für die nächsten vier Jahre vorgestellt. Als Grüne
4 Jugend haben wir beim 55. Bundeskongress festgelegt, was wir von einer
5 zukünftigen Regierung erwarten. Sie muss die Krisen unserer Zeit angehen, statt
6 sie weiter zu verschärfen. Sie muss soziale Politik zum Grundpfeiler des
7 Regierungshandelns machen, konsequent Menschen vor menschenunwürdigen Zuständen
8 schützen und selbstverständlich den 1,5-Grad-Pfad einhalten.

Wir fordern: Spürbar mehr!

9
10 Wir haben auf dem 55. Bundeskongress beschlossen, dass ein Mitregieren von
11 Bündnis90/Die Grünen kein Selbstzweck ist. Wir unterstützen eine
12 Regierungskoalition nur dann, wenn sich sowohl im Leben der Menschen spürbar
13 etwas verbessert und die Klimakrise konsequent angegangen wird. Das muss unserer
14 Maßstab sein, an dem wir das Regieren der Ampel messen werden.

Der Blick in den Vertrag

Klima

15
16
17 Im Koalitionsvertrag finden sich einige Maßnahmen, die im Klimabereich für
18 längst notwendige Verbesserungen sorgen werden. Mit einem ehrgeizigen Ausbauziel
19 für die erneuerbaren Energien und einem Kohleausstieg bis 2030 sind wir auf
20 einem guten Weg. Jedoch fehlt ein schneller und konsequenter Rückzug aus
21 klimaschädlichen Subventionen. Im Verkehrsbereich wird fast ausschließlich auf
22 E-Autos statt auf eine echte Verkehrswende gesetzt. Eine zeitlich verbindliche
23 Abkehr vom Verbrennungsmotor findet sich nicht im Koalitionsvertrag. Wenn diese
24 Regierung es nicht schafft, das Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten, ist sie
25 gescheitert. Ob im Rahmen des Koalitionsvertrags das 1,5-Grad-Limit eingehalten
26 werden kann, ist offen, aber im Gegensatz zu vergangenen Regierungen möglich.

27 Die verankerten Verbesserungen sind deswegen möglich, weil wir es als
28 Klimabewegung es in den letzten Jahren geschafft haben, großen Druck aufzubauen,
29 der politische Veränderung notwendig macht.

30 Und genau deswegen bleibt Klimagerechtigkeit auch in Zukunft Handarbeit! Wir
31 werden weiter für 1,5-Grad-Politik kämpfen und dafür sorgen, dass versprochene
32 Maßnahmen auch umgesetzt werden.

33 **Soziales**

34 In diesem Bereich konnten einige Erfolge erzielt werden, die wir als GRÜNE
35 JUGEND in unserer Gerechtigkeitskampagne gefordert haben. Es soll eine
36 Ausbildungsplatzgarantie geben, der Mindestlohn auf 12€ steigen und endlich eine
37 Bafög-Reform umgesetzt werden. Außerdem können Kinder und Jugendliche mit der
38 Kindergrundsicherung leichter aus Armut kommen.

39 Trotzdem werden die Grenzen einer Ampel-Koalition in Gerechtigkeitsfragen
40 schnell ersichtlich. Obwohl es klare gesellschaftliche Mehrheiten für eine
41 Entlastung niedriger Einkommen und eine höhere Besteuerung hoher Einkommen und
42 Vermögen gibt, wurde dieser Punkt bereits in den Sondierungen abgeräumt.
43 Das ist kein Zufall: Der Kampf für mehr Gerechtigkeit ist ein Konflikt zwischen
44 oben und unten. Wer die Privilegien der Wenigen nicht antasten will, schafft
45 keine Gerechtigkeit für die Vielen.

46
47 Auch dringend benötigte Investitionen in Infrastruktur, bezahlbares Wohnen,
48 Bildung und den Umbau der Wirtschaft werden nur mittels Fonds angegangen. Zwar
49 sollen mehr Gelder fließen, doch eine Abkehr von der Schuldenbremse ist nicht in
50 Sicht. Damit legt man sich selbst Steine in den Weg. Wenn wir jetzt nicht
51 investieren, machen wir Schulden für die Zukunft. Wir werden die Koalition daran
52 messen, ob sie es schafft, die notwendigen Investitionen für unsere Zukunft
53 wirklich zu realisieren.

54 Es wird eine Hartz-IV-Reform geben, aber solange die Regelsätze unter dem
55 Existenzminimum liegen, und die Sanktionen nicht fallen, ist von einer
56 Abschaffung nicht zu reden. Wir konnten erkämpfen, dass es ein
57 Sanktionsmoratorium gibt, dass das Einkommen junger Menschen in
58 Bedarfsgemeinschaften nicht mehr angerechnet wird und dass nicht mehr jeder Job
59 angenommen werden muss. Wir haben es als politische Linke jedoch nicht
60 geschafft, dafür zu sorgen, dass niemand mehr unter dem Existenzminimum leben
61 muss. Das ist eine Niederlage.

62 Die Mieten steigen seit Jahren vielerorts in Höhen, die sich immer mehr Menschen
63 schlicht nicht leisten können. Um die Vertreibung aus Ballungszentren konsequent
64 zu überwinden, brauchen Länder Möglichkeiten, eigenständige Maßnahmen zur
65 Deckelung von Mieten zu beschließen. Dass man den Ländern diese Möglichkeiten
66 nicht einräumt, ist ein fatales Zeichen für Mieter*innen und geht an der

67 Wirklichkeit dieser Notlage vorbei. Die Mietpreisbremse wird schärfer, aber
68 nicht scharf genug, um die Lage zu entspannen. Der Prüfauftrag zur Anwendung des
69 Vorkaufsrechtes in Milieuschutzgebieten, ist zwar begrüßenswert, genügt aber
70 alleine nicht, um die Mieter*innen vor den Kräften des freien Marktes zu
71 schützen. Bestehende Gesetzeslücken müssen zeitnah geschlossen werden.
72 Mieter*innenbewegungen zeigen, wie zuletzt Deutsche Wohnen & Co. Enteignen in
73 Berlin, in immer mehr Städten, dass Wohnraum kein Mittel für immer mehr Rendite
74 ist, sondern unsere Grundversorgung. Eine sozialgerechte Bodenordnung, die der
75 ständigen Explosion der Bodenpreise Einhalt gebietet, ist dafür unerlässlich.
76 Als GRÜNE JUGEND werden wir gemeinsam mit allen Mieter*innen nicht ruhen, bis
77 alle ein gutes und bezahlbares Dach über dem Kopf haben.

78 **Gesellschaft**

79 Neben der überfälligen Cannabislegalisierung werden unter einer Ampel-Regierung
80 einige wichtige Projekt umgesetzt. Feminist*innen und queerpolitische
81 Aktivist*innen kämpfen seit Jahrzehnten für die Streichung von 219a und die
82 Abschaffung des Transsexuellengesetzes. Ihre Kämpfe werden endlich Einzug in die
83 Gesetzgebung finden. Hier zeigt sich, dass wir als politische Linke Erfolge
84 erringen können. Wir konnten gesellschaftliche Mehrheiten so organisieren, dass
85 niemand mehr an ihnen vorbeikommt. Auch die medizinische Versorgung für
86 ungewollt Schwangere wird deutlich besser. Was leider auf der Strecke bleibt,
87 sind deutliche Reformen in der Krankenhausfinanzierung und der
88 Arbeitsbedingungen für Pfleger*innen. Hier sind zwar einheitliche
89 Personalbemessungsgrenzen angekündigt, doch wer diese Personalstellen für
90 welchen Lohn füllen soll, bleibt offen. Die im Koalitionsvertrag vorgeschlagenen
91 Maßnahmen werden nicht ausreichen, den Pflegenotstand zu beenden. Es werden sich
92 erst dann mehr Menschen für eine Arbeit in der Pflege entscheiden, wenn sich die
93 Arbeitsbedingungen deutlich verbessern. Dafür streiken Pflegende in vielen
94 Städten; und wir mit ihnen.

95 Antirassistische Initiativen werden durch die schnelle Schaffung eines
96 Demokratiefördergesetzes deutlich besser ausfinanziert und gestärkt. Auch
97 unabhängige Polizeibeauftragte und die pseudonyme Kennzeichnungspflicht für
98 Bundespolizist*innen sind wichtige Schritte, insbesondere für migrantisierte
99 Menschen, die überdurchschnittlich häufig von Polizeigewalt betroffen sind. Das
100 ist nicht zuletzt ein Erfolg der zahlreichen antirassistischen Initiativen, die
101 in den letzten Monaten aktiv die öffentliche Debatte geprägt haben und mit denen
102 wir uns solidarisieren.

103 Antirassistische Politik fängt aber schon dort an, wo Menschen aus ihrer Heimat
104 fliehen müssen und aus Deutschland wieder abgeschoben werden. Wir kritisieren
105 die Pläne für beschleunigte Rückführungen deutlich und stellen uns gegen
106 Migrationsabkommen, die das alleinige Ziel haben, Menschen ein sicheres Zuhause
107 zu verweigern und in Lagern unterzubringen. Im Gegensatz zu den ständigen
108

109 Verschärfungen in den letzten Jahren, gibt es jetzt, dank einer breiten
110 gesellschaftlichen Bewegung, einige hart erkämpfte Verbesserungen im
111 Fluchtbereich. Die Abkehr von AnKER-Zentren als Ort der Kasernierung für
112 Geflüchtete und das Ende der Kettenduldungen sind wichtige Schritte für
113 geflüchtete Menschen in Deutschland. Gleiches gilt für den vereinfachten Zugang
114 zur Staatsbürgerschaft und das Aufnahmeprogramm für Menschen aus Afghanistan. Es
115 ist an der Zeit, Menschen aus Afghanistan zu evakuieren, denen wir eine Zukunft
und Sicherheit schulden.

116 **An linken Mehrheiten führt kein Weg vorbei. Aber es gibt**
117 **auch keine Abkürzung zu ihnen.**

118 Eine Ampel ist keine ideale Regierung. Im Koalitionsvertrag gibt es nicht so
119 viele Verbesserungen wie gesellschaftlich notwendig wäre. Es geht nicht so
120 schnell voran, wie Menschen es verdient hätten. Diejenigen, die kein Interesse
121 daran haben, dass sich am Status Quo, der die Vermögen und Profite der wenigen
122 schützt, etwas ändert, sind gut aufgestellt. Als gesellschaftliche Linke müssen
123 wir stärker sein, um Konflikte zu gewinnen. Dieser Koalitionsvertrag zeigt wo
124 wir stark sind und wo nicht. Klar ist, dass grüne Verhandler*innen sehr viel
125 dafür gegeben haben, spürbare Verbesserungen für Menschen mit konsequentem
126 Klimaschutz zu vereinen. Doch als politische Linke haben wir es bisher zu selten
127 geschafft, Mehrheiten für soziale Politik zu organisieren, auch wenn sie der
128 Mehrheit der Menschen zu einem besseren Leben verhelfen würde. Dieser Zustand
129 spiegelt sich nicht nur darin wieder, dass es keine linke parlamentarische
130 Mehrheit gibt, sondern auch darin, dass wir es als gesellschaftliche Linke in
131 den letzten Jahren nicht geschafft haben, für soziale Politik und
132 Gerechtigkeitsfragen den gleichen Druck aufzubauen wie in anderen
133 Themengebieten. Wenn wir es nicht schaffen, die soziale Spaltung zu bekämpfen,
134 dann steht der gesellschaftliche Zusammenhalt und damit auch unsere Demokratie
135 auf dem Spiel.

136 Das heißt für uns: Soziale Themen müssen in den Mittelpunkt unserer politischen
137 Arbeit rücken.

138 Dazu gehört es auch, jetzt glaubhaft sozialpolitische Verbesserungen in der
139 Regierung umzusetzen, damit Menschen wieder Vertrauen in politische
140 Verbesserungen fassen können. Aber wir als Grüne Jugend müssen uns auch abseits
141 von Regierungshandeln sozialen Fragen annehmen, mit eigenständigen Kampagnen und
142 Projekten gesellschaftliche Mehrheiten organisieren und konkret das Leben vor
143 Ort zu einem besseren gestalten.

144 Mit unserer Gerechtigkeitskampagne zur Bundestagswahl haben wir gezeigt, warum
145 die Bekämpfung der Klimakrise und die Kämpfe gegen Diskriminierung soziale
146 Kämpfe sind. Diesen Kurs konsequent fortzuführen, muss unser Auftrag in den
147 nächsten vier Jahren und darüber hinaus sein.

148 **Möglichkeiten nutzen**

149 In der Ampel gibt es wenig Rückschritte und einige, wichtige Verbesserungen. Sie
150 eröffnen ein Möglichkeitsfenster für eine Politik, die das Leben von Menschen
151 verbessern und die unsere Handlungsspielräume für weitergehende Verbesserungen
152 erweitern könnte. Wir als Grüne Jugend werden uns nicht gegen den
153 Koalitionsvertrag stellen und empfehlen deswegen unseren Mitgliedern die
154 Zustimmung zum Koalitionsvertrag. Davon bleibt unberührt, dass jedes Mitglied
155 eine freie und selbstbestimmte Entscheidung unter Beachtung der erfolgten
156 Auswertung treffen kann. Dies knüpfen wir aber an klare Erwartungen: Wir
157 erwarten von der kommenden Regierung, gesellschaftliche Notwendigkeiten zu
158 erkennen und die Krisen unserer Zeit entschieden anzugehen. Wenn in den nächsten
159 vier Jahren weiter die Profite der Wenigen über die Bedürfnisse der Menschen und
160 die Einhaltung des 1,5-Grad-Pfades gestellt werden, wird die Ampel-Regierung
161 scheitern.

162 Damit das Möglichkeitsfenster für solidarische Politik auch genutzt wird, können
163 wir uns nicht darauf verlassen, dass die kommende Regierung die versprochenen
164 Projekte einfach so umsetzen wird. Wir sind als Verband das Scharnier zwischen
165 Bewegung und Parlament. Unsere jungen Abgeordneten werden im Parlament alles
166 dafür geben, die hart erkämpften Maßnahmen umzusetzen und unsere
167 Handlungsspielräume zu erweitern. Und gleichzeitig werden wir gemeinsam mit
168 unseren Bündnispartner*innen bei uns vor Ort, auf den Straßen und in der
169 Öffentlichkeit daran arbeiten, gesellschaftliche Mehrheiten für eine gerechte
170 Politik zu organisieren und zu stärken.

171 Erfolge umsetzen - neue Möglichkeiten erkämpfen. Packen wir es an.

V-1-B Dringlichkeitsantrag zur Lage Afghanistan

Gremium: 2. Länderrat 2021
Beschlussdatum: 28.11.2021
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Der Länderrat möge beschließen:

2 Das Leiden von Menschen in Afghanistan muss sofort ein Ende finden. Im
3 Koalitionsvertrag hat sich die Ampel darauf geeinigt, für eine menschenwürdige
4 und humane Außen-sowie Flucht- und Migrationspolitik zu stehen - dies muss auch
5 umgesetzt werden. Es ist an der Zeit, Afghan*innen, denen wir eine Zukunft und
6 Sicherheit schulden, aus Afghanistan zu evakuieren. Deshalb fordern wir:

7 1. Die sich konstituierende Bundesregierung muss die bereits im
8 Koalitionsvertrag beschlossenen Maßnahmen zur Evakuierung und Rettung von
9 Menschen aus Afghanistan in vollem Maße innerhalb der ersten 100 Tage nach
10 Regierungsbildung umsetzen.

11 2. Dabei muss eine besonders nahe Zusammenarbeit mit NGOs und
12 zivilgesellschaftlichen Initiativen erfolgen und eine reibungslose und
13 schnelle Evakuierung von den Menschen vor Ort, insbesondere akut
14 Gefährdeten, darunter Aktivist*innen, Journalist*innen sowie deren
15 Angehörigen gewährleistet werden. Ebenso müssen vulnerable Gruppen, die
16 vom Taliban Regime verfolgt werden - wie beispielsweise die Hazara -
17 sofortigen Schutz erhalten.

18 Afghanische Menschen sitzen gegenwärtig in vielen Transit-Ländern fest und
19 müssen in menschenunwürdigen Situationen auf eine ungewisse Zukunft warten:
20 gerade in Pakistan und im Iran spitzt sich die Lage zu. Daher fordern wir die
21 Bundesregierung auf, neben den vorgesehenen Bundesaufnahmeprogrammen aktiv
22 Landesaufnahmeprogramme unterstützen und diese zu fördern. Zudem soll sie als
23 Sofortmaßnahme den Afghan*innen, die sich in diesen Ländern befinden und deren
24 Visum zeitnah ausläuft, ein laissez-passer Dokument ausstellen. Ziel
25 außenpolitischer Bemühungen muss stets sein, die Bevölkerung Afghanistans in
26 ihrer Selbstbestimmung auf dem Weg zur Freiheit zu unterstützen.